



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

β: Reichskanzler und Reichstag

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichskanzler und Reichstag



Der Reichstag hat sich in seiner neuen Session zuerst mit dem Nachtrag des Reichshaushaltsetats für 1900/01 wegen der Kosten der Chinaexpedition zu beschäftigen gehabt. Die Verhandlungen sind in der Tagespresse des In- und des Auslands reichlich besprochen worden, und in seltner Einmütigkeit hat man den neuen Reichskanzler zu der Art seines Auftretens und zu dem parlamentarischen Erfolg, soweit ein solcher schon vorliegt, beglückwünscht. Unzweideutig lassen diese Äußerungen der öffentlichen Meinung zweierlei erkennen: erstens, daß in der Beurteilung unsrer chinesischen Politik Graf Bülow der Wahrheit und der Vernunft überall, wo nicht grundsätzlich an Lüge oder Unvernunft festgehalten wird, zu einem glänzenden Siege verholfen hat; und zweitens, daß er den Reichstag, seine Fraktionen und Mitglieder und seine politisch urteilsfähigen Wähler überzeugt hat: Wir haben wieder einen Kanzler!

Über die chinesische Politik war nicht viel neues zu sagen: die Wahrheit war bekannt. Trotzdem sind die Verhandlungen wichtig, denn den Fälschern mußte endlich von berufenster Seite vor versammelter Volksvertretung in öffentlichem kontradiktatorischem Verfahren ihr Handwerk gelegt werden. Und das ist geschehn.

Gründlich hat der Reichskanzler dem mit der größten Zähigkeit immer wieder aufgetischten Unsinn den Garaus gemacht, daß das Deutsche Reich durch seine Festsetzung in Kiautschou die heutigen Wirren in China verschuldet habe. Warum, so fragte er in seiner ersten Rede am 19. November, solle denn die Verpachtung dieses Hafengebiets an Deutschland das chinesische Reich mehr erschüttert und das chinesische Volk mehr erbittert haben, als die Abtretung von Hongkong und Birma an England, von Tonking und Anam an Frankreich, vom Pamir- und Amurgebiet an Rußland, von Formosa an Japan, von Port Arthur und Wei-hei-wei gar nicht zu reden? Die Wahrheit sei, daß von den jetzt in China engagierten Mächten das Deutsche Reich sich am meisten und längsten zurückgehalten habe. Unsr Position in Kiautschou beruhe zudem nicht auf gewaltsamer Eroberung, sondern auf einem völkerrechtlichen Vertrage, wir ständen dort nicht als räuberische Eindringlinge da, sondern als Besitzer einer mit der chinesischen Regierung in freiem Einverständnis vereinbarten Konzession. Wir hätten uns überhaupt China gegenüber immer freundlich und wohlwollend benommen, wie unsre Haltung nach dem Siege der Japaner vor vier Jahren satzsam beweise.

Nicht weniger vollständig ist den Lügen der Boden entzogen worden, die über die Oberbefehlshaberfrage in Umlauf gesetzt worden waren und geflissentlich erhalten wurden. Ausdrücklich erklärte der Kanzler, daß das Deutsche Reich sehr gern bereit gewesen wäre, seine Truppen jedem Oberbefehl unterzuordnen, über den sich die andern Mächte geeinigt hätten. Er habe das namentlich nach Rußland hin zu erkennen gegeben. Aber gerade der Kaiser von Rußland sei es gewesen, „der vor allen andern Staatsoberhäuptern den Oberbefehl in unsre Hand legte.“ Und als am 20. November Eugen Richter das natürlich trotzdem besser wissen wollte, erklärte der Kanzler nochmals: „Der Gedanke eines deutschen Oberbefehls beruht auf einer von außen her auf amtlichem Wege an uns gelangten Anregung.“ Mehr könne er nicht sagen, weil es sich um einen Gedankenaustausch zwischen Souveränen handle. Damit müssen für jeden loyalen Politiker in Deutschland die Akten geschlossen sein über diese Frage, die ja von vornherein nur öffentlich aufgebraucht werden konnte von Leuten, in denen die Sucht zu nörgeln allen patriotischen Takt dem Auslande gegenüber vernichtet hat.

Die derselben vaterlandslosen Gesinnung entspringende Verdächtigung, daß der Kaiser in seiner Bremerhavner Rede den ausziehenden Truppen den Befehl zum erbarmungslosen Niedermachen aller Gefangnen gegeben habe, hat der Kriegsminister widerlegt, indem er auf die darüber geltenden gesetzlichen Vorschriften und die auf sie hin erlassene Kaiserliche Verordnung vom 28. Dezember 1899 „über das außerordentliche kriegsrechtliche Verfahren gegen Ausländer und die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit gegen Kriegsgefangne“ hinwies, wonach die kommandierenden Offiziere, wie das gar nicht anders möglich ist, ermächtigt sind, „Ausländer, die im Kriege verräterischer Handlungen gegen die deutschen oder verbündeten Truppen sich schuldig machen, wenn sie auf freier That betroffen werden, ohne vorhergehendes gerichtliches Verfahren nach dem bisherigen Kriegsgebrauch zu behandeln,“ d. h. niederschließen zu lassen. Mit großem Ernst machte General von Götler dabei die Veröffentlichung der sogenannten „Hunnenbriefe,“ in denen Soldaten der in China stehenden Truppen privatim vor ihren Angehörigen mit allerlei Greuelthaten renommieren, die sie berufsmäßig vollführten, darauf aufmerksam, daß solche Thaten nach dem Militärstrafgesetzbuch mit dem Tode bestraft würden, also den Renommisten übel bekommen könnten. Die sensationelle Ausbeutung solcher Briefe ist eine Schmach für die deutsche Presse. Wo in einzelnen Fällen ihr Inhalt auf Wahrheit beruhen sollte, dürfen wir nach den bündigen Erklärungen der Regierungsvertreter auf strenge Bestrafung rechnen.

Worauf unsre chinesische Politik im allgemeinen abzielt und nur abzielen kann, hat der Kanzler in folgenden Sätzen klar dargestellt: „Wir haben gar keinen Grund, ohne Not über die Linien hinauszugehn, die wir uns im deutsch-chinesischen Vertrag vom Frühjahr 1898 (Kiautschou) freiwillig gezogen haben. Wir haben keinen Grund, ex abrupto Gebietsverweiterungen anzustreben, die unsre finanziellen, militärischen und politischen Kräfte unverhältnismäßig in

Anspruch nehmen könnten, und deshalb wollen wir in China nicht ohne zwingendste Veranlassung Annexionspolitik treiben, weil wir gar kein Interesse daran haben, uns in China auf ein bestimmtes Ländergebiet festnageln zu lassen. Wir haben in Kiautschou den notwendigen Stützpunkt gefunden für unsre Schifffahrt, für unsre Marine. Wir haben in Schantung ein weites Feld für kommerzielle und industrielle Thätigkeit. Aber lange bevor wir nach Kiautschou gingen, hatte sich der deutsche Kaufmann angesiedelt in Hankau, Tientfin, Shanghai, am Golf von Petchili, im weiten Stromgebiet des Yangtse. Dieser weiten Ausbreitung unsers Handels in allen Teilen des chinesischen Reichs und dem friedlichen Wettbewerb aller Völker in China im Zeichen von »Leben und Lebenlassen«, dem wollen wir nicht präjudizieren. — Das war das Motiv, und das ist die Tendenz des deutsch-englischen Abkommens vom 16. Oktober dieses Jahres, mit dessen leitenden Grundsätzen sich inzwischen die andern Kabinette einverstanden erklärt haben.“

Die unmittelbaren Ziele des militärischen Einschreitens in China hat Graf Bülow in dem Rundschreiben an die deutschen verbündeten Regierungen vom 11. Juli dargelegt. Davon ist bis jetzt nur erreicht die Befreiung der in Peking eingeschlossenen Europäer. Die Sicherstellung von Leben, Person, Eigentum und Besitz der in China lebenden Fremden, Garantien für die Zukunft, angemessene Genugthuung für die verübten Unthaten, Entschädigung für die Auslagen und Kosten, die Sicherung unsers eignen Besitzes, diese Ziele sind, wie der Kanzler sagt, noch unerledigt. Ein wichtiger Schritt zum Ziel ist die Einigung der Gesandten über die bekannten elf Artikel einer von allen Mächten gemeinsam an die chinesische Regierung zu richtenden Note.

Die weitere Entwicklung der Dinge im einzelnen vorauszu sehen, ist nach des Kanzlers Meinung heute nicht möglich. Aber „desinteressieren“ könnten wir uns in China nicht. Es ständen für uns „zu wesentliche ethische und materielle Werte“ auf dem Spiel, als daß wir ohne weiteres beiseite treten könnten. „Wenn wir das thäten, fügte er hinzu — ich sage das mit der höchsten Überlegung —, so würden wir in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die Zukunft des deutschen Volks in unverantwortlicher Weise preisgeben, in einer Weise, die uns die Geschichte nicht verzeihen würde.“ Wir hätten deshalb gerade so viel Schiffe und genau so viel Mannschaften nach China geschickt, wie notwendig seien, unsre Stelle im Rahmen der internationalen Aktion anständig auszufüllen, für die uns widerfahrne Unthat entsprechende Genugthuung zu erlangen und unsre vertragsmäßige Position gegen weitere Beeinträchtigungen zu sichern.

Wir würden aber deshalb niemals vergessen, daß unser Zentrum in Europa läge; wir würden nichts unternehmen, wodurch die Sicherheit der Heimat, die Wehrkraft des deutschen Volks irgendwie geschwächt werden könnte. Diese Wehrkraft sei auch heute völlig intakt. Durch die Truppensendungen nach China sei unsre Aktionsfähigkeit in Europa in keiner Weise beeinträchtigt worden. Das sage er nicht nur für dieses hohe Haus, das sage er pro urbe et orbe.

Wir würden uns auch hüten, in China die Geschäfte anderer zu besorgen, für irgend eine Macht den Vorkünder zu spielen: „Wir werden den Teufel thun, es so zu machen, wie die Franzosen in Mexiko oder die Italiener in Abessinien! Weder in militärischer noch in diplomatischer Beziehung werden wir uns einlassen auf Sonderaktionen, die im Widerspruch stehn würden mit dem von uns von Anfang an aufgestellten Prinzip des Zusammengehns der Mächte, oder die uns gar auf den Spolierschemel bringen könnten. Wir werden die deutsche Macht immer nur dann und immer nur so weit einsetzen, als dies deutschen Interessen entspricht und für die Wohlfahrt des Deutschen Reichs förderlich ist.“

Was aus dem Reichstag heraus von angeblicher öffentlicher Meinung diesen im erkennbaren Bewußtsein der höchsten Verantwortung und in schlichter, unanfechtbarer Überlegenheit vom Kanzler abgegebenen Erklärungen entgegengestellt wurde, fiel so sehr ab, daß sich sicher nicht einmal alle Sozialdemokraten eines beschämenden Gefühls erwehrt haben können. Die Rede Bebels mit ihrer geradezu kindischen Übertreibung in der Parteinahme für die Chinesen muß unter allen Umständen von den gebildeten Männern seiner Fraktion als Blamage empfunden worden sein und die Herren davon überzeugt haben, daß es fortan den verbündeten Regierungen gegenüber doch nicht mehr angeht, die alte krasse Unwahrhaftigkeit und Halbbildung ins Treffen zu schicken. Die Würde des Reichstags gegenüber diesem Treiben zu wahren, dafür hat Herr von Levetzow dankenswerterweise die rechten Worte gefunden.

Je mehr der Reichstag die Notwendigkeit einsah, in der chinesischen Politik die Waffen zu strecken, umso mehr wurde die innerpolitische Frage der verspäteten Einberufung aufgebauscht, die — von den Extravaganzen der extremen Linken ganz abzusehen — der Zentrumsprecher Dr. Lieber als eine „Verfassungsverletzung“ und als eine „schwere Mißachtung des Reichstags“ bezeichnete.

Der Reichskanzler hatte sich von vornherein offen und ohne jede Einschränkung auf den Boden der Thatsachen und der formell unbestreitbaren Rechtslage gestellt und an den Reichstag das Ersuchen gerichtet, „für die Ausgaben, für die die Zustimmung des Reichstags noch nicht eingeholt worden ist, durch nachträgliche Genehmigung Indemnität zu erteilen.“ Er erklärte ausdrücklich, daß ihm nichts ferner liege, als das „verfassungsmäßige und von niemand bestrittne Recht des Reichstags zu beeinträchtigen, daß für alle Ausgaben die Zustimmung des Reichstags in der Form einer Etatsforderung einzuholen ist, und zwar, wo dies nur immer möglich ist, im voraus.“ Von keiner ernsthaft zu nehmenden Seite ist bisher behauptet worden, daß die Regierung bei plötzlich eintretender Notwendigkeit nicht das Recht und auch die Pflicht habe, Ausgaben zu machen, und dann erst nachträglich die Genehmigung des Reichstags dafür einzuholen. Es wäre auch Unsinn, das zu verlangen, und würde eine sofortige unzweideutige Deklaration der Reichsverfassung unabweisbar machen. Thatsächlich beschränkt sich der von Dr. Lieber erhobene Vorwurf auf die angebliche verspätete Einholung der nachträglichen Geneh-

migung. Aber was rechtzeitig und was spät und zu spät ist, steht nirgends geschrieben, kann verschieden beurteilt werden, und ist gerade in diesem Fall von der öffentlichen Meinung sehr verschieden beurteilt worden. In der Begründung des jetzt zur Verhandlung stehenden Nachtragsetats wird die so späte Vorlegung damit erklärt, daß man erst genauer habe übersehen wollen, wieviel man brauche. Daß dabei die Dauer der Expedition schwer ins Gewicht fiel, liegt auf der Hand, und die Regierung beantragt doch jetzt nicht nur die Kosten, soweit die Ausgaben schon erfolgt sind, sondern auch soweit sie noch in dem bis Ende März 1901 laufenden Etatsjahr zu decken sein werden. Nur die Indemnität verlangt der Reichskanzler für die schon gemachten Ausgaben. So ganz ohne Sinn, wie Dr. Lieber behauptete, ist also die Erklärung nicht. Freilich wäre eine ungenauere Schätzung der Dauer und der Kosten auch wohl kein Unglück gewesen, und Graf Bülow hat diese Ansicht gehabt, wie er offen erklärte. Auf das allernachdrücklichste wies er aber jeden Gedanken daran zurück, daß sein Vorgänger, wenn er die frühere Einbringung des Nachtragsetats für unzweckmäßig oder unnötig gehalten hat, im entferntesten dabei die Absicht gehabt habe, die Rechte des Reichstags zu verkürzen. Graf Bülow hatte nicht nur die Lacher im Reichstag, sondern jeden unbefangenen urteilenden Menschen in der ganzen Welt auf seiner Seite, wenn er sich dafür auf die Thatsache berief, daß Eugen Richter selbst in seiner Zeitung im Juli gesagt hat: ob es angemessen sei, den Reichstag einzuberufen, lasse sich erst entscheiden, wenn ein klarer Thatbestand über die in Betracht kommenden Verhältnisse vorliege. Was will man also mit dieser Aufbauschung der sogenannten „Verfassungsverletzung,“ obgleich der Kanzler ausdrücklich um „Indemnität“ für das, was schon ausgegeben ist, nachgesucht hat? Wie kommt man zu diesem Geschrei über die „schwere Mißachtung“ des Reichstags von Bebel bis zu Herrn von Kardorff?

Der Abgeordnete Dr. Lieber hat sich erlaubt am 20. November damit zu argumentieren, daß ihm und den Seinen aus „hohen Kreisen“ Äußerungen zu Ohren gekommen seien, die dahin gegangen wären: „Nun, was wird es werden? Sie werden ein paar Tage lang hohe Reden halten und dann bewilligen!“ Zu solchen jämmerlichen, unbewiesenen Bordertreppenindiskretionen oder solchem Hintertreppenklatsch — denn im Reichsanzeiger hat das nicht gestanden — hat der Herr seine Zuflucht genommen, um die Mißachtung des Reichstags, gegen die er zu den Waffen rief, dem Volke glaubhaft zu machen. Er hat sich damit nur selbst bloßgestellt, und es wird hoffentlich bald die Zeit kommen, wo seine vielen loyal und gut monarchisch gesinnten Fraktionsgenossen wieder fühlen, wie sehr auch sie dadurch bloßgestellt werden. Das ist am wenigsten geeignet, die Mißachtung gegen den Reichstag, wo sie vorhanden ist, in Hochachtung umzuwandeln. Hoffentlich wird ihm das in der Kommission, wo er ja noch ein ernstes Wort über die Verfassungsverletzung zu sprechen vorhat, in der unzweideutigsten Weise klar gemacht werden.

Es ist ein hinreichend bekannter Erfahrungssatz, daß Leute, die sich besonders laut über Mißachtung beschweren, in der Regel selbst mit daran

schuld sind, daß man ihnen eine unter dem Normalmaß bleibende Hochachtung entgegenbringt. Was man „oben“ denkt, wissen wir nicht, und es geht uns nichts an. Aber das wissen wir und beklagen wir tief, daß der Reichstag im Volk in der That beträchtlich an Respekt verloren hat, und daß das Verhalten der Parteien daran die Schuld trägt. Wir haben seit Jahren darauf aufmerksam gemacht und dringend um Beseitigung des Grundes gebeten. Ganz abgesehen davon, daß es uns unerfreulich zu sein scheint, daß das ultramontan beeinflusste Zentrum die stärkste und wie seine Presse gern sagt: die herrschende parlamentarische Fraktion im neuen Deutschen Reich hat werden können, und die Sozialdemokratie die zweitstärkste — vor allem die seit fast zwei Jahrzehnten immer fühlbarer gewordene Abhängigkeit der Parteien von den besondern Geldbeutelinteressen der Wählerschaft, der daraus sich ergebende Kuhhandel in allen möglichen und unmöglichen Fragen, die ganze unglückselige Interessen- und Klassenherrschaft im parlamentarischen Parteileben mußten das Ansehen des Reichstags herabdrücken. Wie die Agitatoren der Wahl- und anderer Interessentenvereine mit den Herren Kandidaten und Gewählten umspringen, in Ostpreußen wie in Oberbayern, muß darüber den Parlamentariern selbst doch längst die Augen geöffnet haben. Schon 1874 hat der alte Wedel-Malchow das dem Reichstag und auch seiner eignen Partei vorausgesagt. Es liegt klar auf der Hand, daß, je mehr das Parteiwesen im Reichstag dieser Korruption verfällt, das Ansehen und die Achtung der Krone, hier der verbündeten Regierungen mit dem Kaiser an der Spitze, als der allein noch über den Sonderinteressen stehenden, das Gesamtwohl vertretenden Macht verhältnismäßig gewinnen muß bei allen unbefangenen und patriotischen gebildeten Bürgern. Die Herren mögen eine ellenlange Rechnung patriotischer Leistungen aufmachen, wie Herr Lieber das zu thun pflegt, mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch und der Flottenverstärkung usw. als Hauptstücken, das zieht nicht mehr, seitdem der Kuhhandel bei allem eine Rolle spielt, und die verbündeten Regierungen und das deutsche Volk vor jeder solchen Leistung das böse „Nix zu handeln?“ erwarten müssen.

Es ist das gute Recht jedes deutschen Reichsbürgers, diese Mißstände beim rechten Namen zu nennen, und die Herren im Reichstag mögen gegen die angebliche Mißachtung ihrer politischen Bedeutung, die nun einmal mit der des derzeitigen Reichstags zusammenfällt, protestieren, so viel sie wollen, wir werden nicht aufhören, gegen die Gründe dieser Erscheinung anzukämpfen, so gut wir es vermögen, bis endlich das deutsche Volk sie beseitigt. Die überspannte Empfindlichkeit, die man zeigt, und der gelinde Entrüstungsturm, den man Lust zu haben scheint anzufachen, wird die Krisis hoffentlich beschleunigen, denn wer im Glashaus sitzt, darf nicht mit Steinen werfen. Auch in der Kommissionsberatung und in der zweiten und dritten Plenarverhandlung haben die Parteien allen Grund, den Kampf um den Respekt nicht weiter zu treiben. Das ganze deutsche Volk weiß jetzt, daß die Mißachtung des Rechts der Volksvertretung durch die verbündeten Regierungen eine Fabel ist, und daß die verbündeten Regierungen in der Sache mit dem Kaiser solidarisch sind. Wer daran noch zweifelte, dem hat die bündige Erklärung des Grafen Lerchenfeld

als Vertreters Bayerns im Bundesrat am 22. November die Augen vollends öffnen müssen. Wo die Spitzen in dem bei den Haaren herbeigezognen Kampf hingerieten, ist ja mit Händen zu greifen. Wenn sich die Reichstagsparteien dadurch in Respekt zu setzen glauben, daß sie das Ansehen des Kaisers beim Volk zu schädigen suchen, so werden die Pfeile sie selbst treffen, mögen sie aus dem Hinterhalt und aus Deckung schießen oder nach sozialdemokratischer Taktik. Graf Bülow ist, so dürfen wir hoffen, der Mann, diesem Hauptunfug das fadenscheinige Mäntelchen loyaler Reichstreue von der Schulter zu nehmen und damit den Kunstschützen das Handwerk, von dem sie, wie es scheint, parlamentarisch allein noch leben zu können glauben — des Kaisers Reden waren ja vom 19. bis 23. November wieder ihr A und O —, gründlich zu legen. Es lohnt nicht, weiter ernsthaft darauf einzugehn. Wer etwas politische Prognose hat, muß in dieser Einseitigkeit der Lebensbethätigung den Kräfteverfall erkennen.

Es wird die schwerste aber auch die dankenswerteste Aufgabe des neuen Kanzlers werden, den Reichstag vor der Mißachtung, in die er infolge des ungesunden Parteilebens zu verfallen droht, zu bewahren. Das Deutsche Reich braucht einen gesunden, in voller, verdienter Achtung stehenden Reichstag weit mehr als ein Einheitsstaat, und niemand im Reich weiß das besser, empfindet das mehr als der Kaiser. Aber auch das Volk und die große, erdrückende Mehrheit der Reichstagsmitglieder wissen und empfinden es als unverrückbare Überzeugung, daß wir ohne die monarchische Spitze, ohne den Kaiser aufhören würden als Nation und als Reich zu leben. Sollen wir da an der Zukunft verzweifeln? Sollte der neue Reichskanzler nicht alles daran setzen, das zu erhalten und auszubauen im Dienst seines kaiserlichen Herrn und zum Segen des Vaterlands, was der erste Kanzler im Dienst des ersten Kaisers begründet hat? Wir haben wieder einen Kanzler, und wir werden auch wieder einen Reichstag haben, dem wir vertrauen, und auf den wir stolz sein können.

β



Auf klassischem Boden

Novelle von Beate Bonus-Jeep

(Fortsetzung)



ies begab sich am Vormittag eines Frühlingstags gegen Ende Februar in Rom.

Auf der Straße angekommen fanden Kurtchen und die Lokomotive das blonde Geschlecht mit Hestigkeit bestrebt, von dem Mietwagen der beiden Besitz zu nehmen. Das Italienisch des Kutschers drang gegen die Übermacht der fünf germanischen Zungen nicht durch.

Aber so stetje doch ein, Mama, wir bezahlen ja doch den Kerl . . . wurde eben